

Thema 2: „Der Philosoph, der in der Öffentlichkeit eingreifen will, ist kein Philosoph mehr, sondern Politiker; er will nicht mehr nur Wahrheit, sondern Macht.“ Hannah Arendt

Gedankenexperiment: Das Parlament auf der Wiener Ringstraße ist heute bis auf den letzten Platz besetzt, alle Abgeordneten sind erschienen. Seitdem ein neuer Beschluss erlassen wurde, der vorschreibt, dass nur noch promovierte Philosophinnen und Philosophen in die praktische Politik gehen können, findet sich überhaupt nur noch selten ein freier Platz im Saal. Nicht nur die Motivation bei den Diskutanten ist hoch, auch die Agenda für den Tag ist ambitioniert gestaltet. Zunächst soll über den moralischen Hintergrund des Lügens gesprochen werden, da die Abgeordneten darüber entscheiden wollen, welche Strafe für das Verbreiten einer Unwahrheit Beamten gegenüber zu gelten hat. Außerdem hat man sich vorgenommen ein Gesetz zum Strafmaß für vorsätzlichen Mord zu verabschieden. Die Debatte beginnt.

Abgeordneter A: „Ich bin der Meinung, dass Lügen prinzipiell als moralisch verwerflich anzusehen ist. Kants *kategorischem Imperativ* folgend könnten wir uns sonst auf gar nichts mehr verlassen. Unsere Gesellschaft und unser ganzer Staat wären labil und zerbrechlich.“

Abgeordnete B: „Was schlagen Sie also vor?“

Abgeordneter A: „Todesstrafe!“

Abgeordneter C: „Woher nehmen Sie sich denn bitte das Recht zu töten? Wie können Sie so etwas entscheiden? Wer hat Ihnen diese Berechtigung verliehen? Außerdem wollen wir ja auch noch darüber sprechen, welche Strafe auf vorsätzlichen Mord steht. Das würde bedeuten, wir müssten Sie und damit gleich den ganzen Staat mit bestrafen und wenn schon Lügen mit dem Tod bestraft wird, dann kann das Strafmaß für vorsätzlichen Mord ja nicht weniger hart ausfallen, oder wollen Sie das etwa abstreiten?“

usw.

Trotz den spannenden und regen Diskussionen im Parlament – es wird den Abgeordneten dabei im Allgemeinen auch nicht langweilig – fällt es ihnen sichtlich schwer, konkrete Entscheidungen zu treffen, denn würden sie diesen Schritt wagen, so würden sie ihre Existenz als Philosophen und Philosophinnen beenden und „in die Öffentlichkeit eingreifen“ wollen. In ihrem Wesen als Philosophinnen und Philosophen widerstrebt Ihnen dies jedoch und sie bleiben als unfähige Phantomregierung bestehen; zwar vorhanden und auch denkend, jedoch nicht handelnd. Bald schon folgen die ersten Demonstrationen, sogar Drohungen gegen die neue Regierung lassen nicht lange auf sich warten. Das Gedankenexperiment einer Regierung von Philosophinnen und Philosophen ist gescheitert. Denn das Eingreifen liegt nicht im Wesen der Philosophie, vielmehr soll sie einen (Denk)Anstoß zum Eingreifen liefern.

„*Scio me nihil scire.*“ (lat.: Ich weiß, dass ich nichts weiß.) Dieses Zitat des „idealen Philosophen“ Sokrates fasst das eigentliche Wesen der Philosophie pointiert zusammen; Denn der Philosoph oder die Philosophin sollte stets im Hinterkopf behalten, dass er oder sie sich auf einer Suche befindet, die nicht dazu prädestiniert ist, zu enden. Der Weg dieser Suche ist zugleich ihr Ziel. Während des Diskurses gilt es ein Thema zu erschließen und durch

wandelnde Perspektiven im Verlauf der Betrachtung Erkenntnis zu gewinnen. Es sollte in der Philosophie jede Fragestellung erlaubt sein und dabei doch nicht endgültig zu beantworten bzw. aufzulösen sein. Ja bereits die philosophische Frage in sich selbst transportiert eine gewisse Unsicherheit. Als Beispiel kann an dieser Stelle ein fiktives Gespräch zwischen Sokrates und einem seiner Freunde dienen. Darin macht der ideale Philosoph darauf aufmerksam, wie wenig sich der Mensch der Begriffe bewusst ist, die er täglich gebraucht. In diesem konkreten Fall handelt es sich um den Begriff „Freundschaft“. Im Laufe der Unterhaltung muss der Gesprächspartner feststellen, dass er sich im Grunde genommen selbst nicht darüber im Klaren ist, was dieser Ausdruck bedeutet. Jedesmal, wenn er glaubt, er habe eine Antwort auf die Frage nach dem Wesen der Freundschaft gefunden, wirft Sokrates eine Frage auf, die sein Konzept von Freundschaft aufs Neue von Grund auf erschüttert. Sokrates lässt die zunächst plausibel wirkenden Konzepte seines Freundes auf einmal unvollständig, teilweise sogar ungültig aussehen.

Hier wird verdeutlicht, worum es sich bei der Philosophie tatsächlich handelt, nämlich der Liebe zur Weisheit bzw. zum Wissen (griech.: *philein* – Liebe, *sophia* – Weisheit/Wissen). Zugleich wird die Endlichkeit der eigenen Möglichkeiten Erkenntnis zu erlangen anerkannt. Als Konsequenz daraus ist jede philosophische Schlussfolgerung hinterfragbar. Dabei gilt lediglich, dass eine Konklusion dann als gültig anerkannt werden muss (oder sollte), wenn ihre Prämissen als gültig anerkannt werden.

Die Politik hingegen transportiert in ihrem Namen Praxisnähe: Eine antike griechische Polis verlangte nach Verwaltung, die Zuständigen waren – und sind es auch heute noch – die Politikerinnen und Politiker. Fast ist man dazu verleitet zu sagen, dass die Politik damit im krassen Gegensatz zur Philosophie steht. Neben der eindeutigen Aufgabe der Verwaltung sollen auch endgültige Beschlüsse in Form von Gesetzeserlässen gefasst werden. Das heißt, dass hier eine unmissverständliche Endlichkeit der Fragestellung vorliegen muss. Demnach ist das Ziel der Politik auf ein Ergebnis, also in diesem Fall das fertige Gesetz, hinzuarbeiten. Ein zweites Charakteristikum, das Hannah Arendt in hier diskutierten Zitat aufstellt, ist das Streben nach Macht in der Politik. Schließlich bedeutet jedes Gesetz, das beschlossen wird, die Umsetzung einer Maßnahme, die den verantwortlichen Politikerinnen und Politikern zusagt. Sie leiten die Geschicke nach ihren eigenen Vorstellungen und kontrollieren diese somit. Die Konfrontation mit praktischer Macht bringt aber unweigerlich auch die Konfrontation mit dem Missbrauch selbiger mit sich.

Um jenes Phänomen zu verstehen, das die Linie zwischen Machtausübung im Rahmen der vorgesehenen Bemächtigung zum Zeitpunkt der Machterlangung und Machtmissbrauch markiert, ist es ratsam sich anzusehen, wie es zur nun vorliegenden Macht gekommen ist. Dabei kann man grob zwei verschiedene Wege zur Machterlangung unterscheiden: Einerseits kann es *verliehene Macht* geben, wie es im System der Demokratie erfolgt. Dabei wird die Macht allgemeinesprochen vom Volk verliehen. Andererseits kann aber auch *erworbene Macht* vorkommen. Die Machthaberin oder der Machthaber hat seine Macht selbst erworben, sie sich selbst verliehen. Ist dem so, spricht man von einer Diktatur. Selbstverständlich kann auch ein System, dem die verliehene Macht zugrunde liegt, irgendwann in eine Diktatur umschlagen. Doch dann ist das System der verliehenen Macht lediglich als Zwischenschritt zu

einer immer weiter greifenden Ausdehnung der Macht zu sehen. Damit wäre der Übergang zur erworbenen Macht erreicht und der Verlauf, der zum Machtmissbrauch führt, würde genauso gelten, als wäre von Anfang an ein System der erworbenen Macht vorgelegen.

Im Falle der erworbenen Macht ist es einfach den Zeitpunkt des Machtmissbrauchs festzumachen; Sobald die erste politische Entscheidung mit der erworbenen Macht getroffen wird, hat sich der Machthaber oder die Machthaberin des Machtmissbrauchs schuldig gemacht. Bei verliehener Macht gilt jener Zeitpunkt als Beginn des Machtmissbrauchs, indem der Machthaber oder die Machthaberin mithilfe eines selbst erlassenes Gesetzes seine oder ihre eigenen Macht erweitert hat (dadurch also einen Teil Macht erworben hat) und dann basierend auf dem bemächtigenden Gesetz politisch handelt.

Als einen, der die machtgetriebenen Philosophie wesentlich forcierte, kann man Niccolò Machiavelli nennen, dessen Werke in erster Linie eine Anleitung für politische Expansion, Machtergreifung und Machterhaltung darstellen. Ein nicht mehr ganz zeitgenössischer Diktator, der sich scheinbar nach den Maximen von Machiavelli orientierte, war Muammar Gaddafi. Indem er sich weigerte, seine Machtposition in Libyen trotz vehementen und gewalt(tät)igen Protesten der Bevölkerung aufzugeben, illustrierte er präzise den Kern des Machtmissbrauchs: Die bestehende Macht, der anfänglich vom Staat Grenzen gesetzt sind, wird nur um ihrer selbst Willen erweitert und ihrer Grenzen enthoben. Frei nach dem Motto von Ludwig XIV. „*L'état c'est moi.*“ (frz.: Der Staat bin ich.) wird der Machthaber oder die Machthaberin eins mit dem Staat, der dadurch jede Autonomie und Eigenständigkeit verliert und lediglich zum Besitz des Machthabers oder der Machthaberin wird. In einem solchen Fall, in welchem die Macht bereits als entartet bezeichnet werden kann, haben Philosophie und Politik jegliche gemeinsame Grundlage verloren.

Welche gemeinsame Grundlage? So könnte man an dieser Stelle fragen. Doch tatsächlich ist eine solche Grundlage gegeben. Im Idealfall sollten nämlich sowohl Politik als auch Philosophie zum *bonum commune* (lat. Gemeinwohl) betrieben werden. Eine Gesellschaft oder ein Staat, die nach den Prinzipien des Allgemeinwohls regiert werden, haben mehr Bestand und Stabilität, da es im Idealfall keine extremen Randgruppen gibt, die einen Umsturz der Regierung fordern würden. Weshalb sollten sie auch, wenn in der Politik nach einem Konsens gestrebt wird, der die Bedürfnisse und Forderungen aller vertretenen ethnischen, sozialen und kulturellen Gruppen in einem Staat berücksichtigt und miteinbezieht? Daraus folgt, dass in einer konsensorientierten Gesellschaft, die auf das *bonum commune* ausgerichtet ist, sowohl die Position der Machthaberin oder des Machthabers eine relativ sichere ist, wie auch die Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem Machthaber oder der Machthaberin mit größter Wahrscheinlichkeit konstant ist.

Dennoch ist es für die Politik unabdingbar, sich unter anderem mit philosophischen Fragestellungen und Konzepten auseinanderzusetzen. Dies wird durch die Rolle der Philosophie im konsensorientierten Staat deutlich. Ihre Aufgabe besteht darin, die nach dem *bonum commune* strebende Politik zu unterstützen. In Form von Ethikkommissionen geschieht dies tatsächlich auch immer wieder im politischen Alltag, ein besonders oft herangezogenes Beispiel hierfür sind Kommissionen in der Debatte um Abtreibung. Neben Medizinerinnen und Medizinern werden Philosophinnen und Philosophen zurate gezogen, um

durch ein beratendes Urteil die Politik bei der Entscheidungsfindung zu unterstützen. Es ist in diesen Fällen jedoch ausschlaggebend, dass die endgültige Entscheidung effektiv von der Politik getroffen wird. Man erinnere sich an die zuvor angeschnittene Endlichkeit im Prozess der Entscheidungsfindung, die in der Philosophie nicht gegeben ist. Würde also ein Philosoph oder eine Philosophin, wie von Arendt ausgedrückt „in der Öffentlichkeit eingreifen“, so würde er oder sie einerseits seine oder ihre Haltung als Nichtwissende/r bzw. Suchende/r aufgeben und eine Haltung des Wissens annehmen (siehe oben: Sokrates). Ihre oder seine Rolle als Philosophin oder Philosoph hätte sie oder er somit ebenfalls aufgegeben, da er oder sie dem Wesen der Philosophie nicht mehr entspräche. Darüber hinaus würde er oder sie mit einer konkreten Entscheidungsfindung die erneute Öffnung der Frage verhindern und auch an dieser Front das Philosophische im Diskurs aufgeben und sich vollends der Politik zuwenden. Aus diesem Grund konnten auch die Abgeordneten im Gedankenexperiment nie zu einem eindeutigen Beschluss finden. Sonst wären Sie ja keine Philosophinnen und Philosophen mehr. Hätten sie den Schritt hin zum Eingreifen in die Öffentlichkeit getan, wären sie wie von Arendt prophezeit Politikerinnen und Politiker mit dem der Politik eigenen Streben nach Macht geworden.

Als Conclusio, die die Grundlage des Gemeinwohls als essenziellsten aller Punkte hernimmt, lässt sich sagen, dass zwischen Politik und Philosophie keine klassische ambivalente Wechselwirkung vorliegt, in der eine Wissenschaft von der anderen inspiriert und/oder beeinflusst wird. Denn dadurch, dass die Philosophie eine nach dem *bonum commune* strebende Regierung unterstützt, trägt sie das System, das der Regierung zugrunde liegt, mit, entspricht ihm also. Gleichsam wie die Säulen als Grundgerüst für eine Säulenhalle gelten, gilt die Philosophie als Träger für den Staat. Die Säulen sind zwar ein unverzichtbarer Teil für den Zusammenhalt der gesamten Halle, doch können sie ihren Aufgabenbereich nicht variieren und plötzlich ihr Dasein als Teil aufgeben um zum ganzen Wesen, sprich zur ganzen Halle, zu werden.